

kanzleramt) auch mit der politischen Praxis bestens vertraut. In seinem jüngst vorgelegten Buch „Operative Regierung“ bündelt er dieses Wissen, um die „machinery of government“ (S. V) genauer zu betrachten. Dazu verbindet er ganz im Sinne einer staatswissenschaftlichen Perspektive die traditionelle Staatsrechtslehre mit der Politikwissenschaft und ergänzt diese mit verwaltungswissenschaftlichen Bezügen. So entsteht ein interdisziplinär angelegtes Werk, das sich mit der Regierung in Fortführung einer organisatorischen Begriffstradition und somit in einer institutionellen Perspektive beschäftigt, dabei aber auch eine funktionale Erweiterung vornimmt.

Das Werk basiert im Kern auf „Ausbildungs- und Weiterbildungsveranstaltungen“ (S. V), was dem Buch durchaus anzumerken ist. Von Vorteil ist die so bedingte klare Struktur und ein homogener Aufbau, jedes Kapitel untergliedert sich in vier Subthemen. Von Nachteil, und dies ist bedeutender, ist jedoch, dass eine umfassende Einleitung ebenso fehlt wie ein Schlusskapitel, das die einzelnen Abschnitte des Buches verbindet und zusammenfasst. In Ermangelung einer Zusammenfassung der verschiedenen Kapitel obliegt es so der Leserin bzw. dem Leser selbst, sich die Kernbotschaft des Werkes zu erschließen. Von diesem Defizit abgesehen bieten die jeweiligen Kapitel, die vorrangig die deutsche Regierung im Bund, ergänzend aber auch die Landesebene und andere Staaten, insbesondere die USA, berücksichtigen, einen fundierten Einblick in wesentliche Aspekte der Regierungsforschung. Im ersten Kapitel werden zentrale Begriffe geklärt und verschiedene Facetten der Regierungslehre aufgezeigt, insb. Executive Governance, Politische Führung und Politisches Management – hier zeigt sich der im Vorwort angekündigte Blick auf den „arbeitenden Staat“, der „in den Fokus der Lehre“ (S. V) und damit auch des Buches rückt. Daran schließt ein Kapitel zur Systematisierung von Regierungssystemen an. Im Zentrum steht dabei der Blick auf „die operativen Möglichkeiten der Regierung“, weshalb – in Anbindung an Renate Mayntz – „die Persistenz exekutiver Macht einerseits und [...] deren Dispersion andererseits“ (S. 53) unterschieden und ausführlich diskutiert wird. Es folgen zwei Kapitel, die sich mit den Funktionen und der Bildung von Regierungen auseinandersetzen, wobei auch hier keineswegs nur formalrechtliche Aspekte betrachtet werden, sondern stets auch mit empirischen Befunden und illustrierenden Beispielen gearbeitet wird. Anschließend richtet sich der Blick des Autors auf die Inhalte der Regierungstätigkeit. Den Abschluss des Buches bilden drei Kapitel, die die Regierungsorganisation, den Re-

gierungsprozess sowie das Regierungspersonal in den Blick nehmen. Alle Kapitel zeigen den das Buch kennzeichnenden breiten Zugriff auf die Regierung. So wird beispielsweise der Regierungsprozess nicht nur mit Blick auf das Regierungshandeln, sondern auch hinsichtlich möglicher Kontrollen des Regierungshandelns durchgesprochen, und auch im Bereich Personal werden nicht nur die politischen, sondern auch die ministerial-administrativen Akteure in den Blick genommen.

Da es sich bei dem vorliegenden Werk nicht um eine eigenständige Studie, sondern vielmehr um eine Zusammenführung der Literatur bzw. der aktuellen Forschung im Kontext der wissenschaftlichen Lehre handelt, bieten die Kapitel zwar keine grundlegend neuen Erkenntnisse, gleichwohl aber einen vielfach durch Beispiele erläuterten Überblick über den Themenbereich „operative Regierung“. Insofern ist der Gesamteindruck des Buchs stimmig, auch wenn etwa ein durchgängiges Analyseraster fehlt. Dies macht es der Leserin bzw. dem Leser nicht so einfach, die vielen im Buch angesprochenen Facetten miteinander in Bezug zu setzen. Bedauerlich ist darüber hinaus, dass „intime“ Einblicke eines Insiders des politischen Geschäfts, wie sie vielleicht – mit Blick auf die Erfahrung des Autors – zu erwarten, zumindest aber zu erhoffen gewesen wären, fehlen. So bietet das Buch insgesamt einen umfassenden und durchweg fundierten staatswissenschaftlichen Überblick über die Regierungslehre, der Wissenschaftler/innen ebenso wie Praktiker/innen ansprechen dürfte.

*Dr. Sebastian Bukow*

**Schmücking, Daniel: Negative Campaigning. Die Wirkung und Entwicklung negativer politischer Werbung in der Bundesrepublik, Springer VS, Wiesbaden 2015, 367 S., ISBN 978-3-658-08211-6, € 49,99.**

Negativkampagnen als Mittel der politischen Werbung sind häufig Gegenstand des medialen, seltener aber des wissenschaftlichen Diskurses. Insbesondere in Deutschland steckt die Forschung zu Negativkampagnen verglichen mit den USA noch in den Kinderschuhen. Dies erstaunt, kann doch die Bundesrepublik auf eine reiche Geschichte öffentlich diskutierter Negativkampagnen zurückschauen. So ist sicherlich die Unionskampagne gegen Willy Brandt im Jahr 1961 eine der bemerkenswertesten Wahlkampfauseinandersetzungen der BRD gewesen: Allen voran Konrad Adenauer diffamierte seinen Gegenkandidaten Willy Brandt (alias Herbert Frahm) als Vaterlandsverräter,

da dieser während des Dritten Reichs nach Norwegen emigriert war. Der Dissertation von Schmücking kommt der Verdienst zu, sich erstmalig systematisch und ausschließlich dieser Forschungslücke in Deutschland zu widmen. Unter Negativkampagnen versteht Schmücking „eine Wahlkampfmethod, bei der mittels politischer Kommunikation die Schwächen der politischen Konkurrenz aufgezeigt werden, um so das Ziel des Wahlsiegs zu erreichen (...)“. In seiner Arbeit beleuchtet er näher, was deutsche Negativkampagnen ausmachen, wie sie sich entwickeln und wie sie auf die Meinungsbildung der Wähler wirken (S. 23). Gerade die Wirkungsmessung ist ein ehrgeiziges Ziel, da es zum einen hierzu bislang kaum deutsche Arbeiten gibt und zum anderen seit Jahrzehnten über die möglichen (de)mobilisierenden Auswirkungen debattiert wird (u.a. Krupnikov, Yanna [2011]: *When Does Negativity Demobilize? Tracing the Conditional Effect of Negative Campaigning on Voter Turnout*. In: *American Journal of Political Science* 55 [4], S. 796). Schmücking betrachtet Negativkampagnen als reines Wahlkampfinstrument, nimmt also ausschließlich die Perspektive der politischen Kommunikation ein. Damit steht seine Arbeit in einer Reihe mit dem Großteil der bisherigen Studien zu diesem Thema, in denen Theorien zum Parteienwettbewerb bis dato meist unbeachtet blieben (u.a. Johnson-Cartee, Karen S./Copeland, Gary A. [1997]: *Manipulation of the American Voter. Political Campaign Commercials*. Westport: Praeger; Holtz-Bacha, Christina [2000]: *Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957-1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag).

Auf den Forschungsstand zu Negativkampagnen in Deutschland und den USA folgt eine Diskussion zur Legitimität von Negativkampagnen aus demokratietheoretischer Sicht. Diese mündet in einer Kampagnentypologie (legitime und illegitime Kampagnen vs. Positiv- und Negativkampagnen; S. 40). Danach gliedert sich die Arbeit in zwei Hauptteile. Der erste widmet sich der Entwicklung von Negativkampagnen zwischen 1949 und 2013. Dazu werden zunächst die zwei „Ausgangspunkte“ Weimarer Republik und USA hinsichtlich verschiedener Rahmenbedingungen wie Wahl-, Parteien- und Mediensystem vorgestellt. Dadurch soll eine „Schablone [entstehen], vor deren Hintergrund Negativkampagnen in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet wird.“ (S. 46). Im anschließenden, recht detaillierten Forschungsstand stellt der Autor dann vor allem die Studien vor, die Negativkampagnen eine große Bedeutung unterstellen. Die Hypothesen werden aus den beiden Ausgangspunkten abgeleitet. Um die Entwicklung zu messen, führt er eine quantitative Inhaltsanalyse der

Wahlplakate von Union und SPD in den Bundestagswahlkämpfen zwischen 1949 und 2013 durch. Die Ergebnisse seiner Vollerhebung ergänzt Schmücking durch Erkenntnisse aus der Sekundärliteratur. Er stellt unter anderem fest, dass Union und SPD in allen bisherigen Bundestagswahlkämpfen Gebrauch von Negativkampagnen machten. Diese seien „Sache der Parteien“ (S. 108), da die meisten Angriffe (78,1 %) von Parteiebene kommen und sich auch auf diese Ebene beziehen (65,9 %). Damit konstatiert Schmücking einen wichtigen Unterschied zu den kandidatenzentrierten Negativkampagnen in den USA. Er kann außerdem die Herausfordererstrategie bestätigen, das heißt, Oppositionsparteien setzen eher auf Negativkampagnen gegen Regierungsparteien. Die Angriffe sind eher thematisch (67,9 %) und etwas häufiger direkt als vergleichend (52 % vs. 47,3 %). Er stellt insgesamt eine abnehmende und wellenförmige Entwicklung der deutschen Negativkampagnen fest, die er in sechs Phasen einteilt (S. 161 ff.). Zusätzlich diskutiert der Autor, ob Negativkampagnen im Zuge der Amerikanisierung nach Deutschland kamen, was er abschließend ablehnt, da solche schon in der Weimarer Republik stattgefunden hätten. Es fehlen jedoch Annahmen darüber, welchen Einfluss Amerikanisierung auf die deutschen Negativkampagnen haben könnte.

Nachdem Schmücking im ersten Hauptteil festgestellt hat, dass Negativkampagnen ein fester Bestandteil deutscher Bundestagswahlkämpfe sind, überprüft er diese im zweiten Teil auf ihre Wirkung. Dieser beginnt mit einer umfangreichen Darstellung des Forschungsstandes zur Wirkungsanalyse. Die kurzfristige Wirkung von Negativkampagnen misst er anhand von sechs Online-Experimenten, die zwischen Mai 2012 und Juli 2013 stattfanden. Selbst entwickelte Wahlanzeigen bilden den Stimulus. Pro Experiment gibt es drei Gruppen, von denen jeweils zwei einem Negativ-Stimulus und eine einem Positiv-Stimulus ausgesetzt werden. Auf Kontrollgruppen ohne jeglichen Stimulus wird verzichtet. Als Ergebnis stellt er unter anderem Solidarisierungseffekte (S. 231) fest, ein Angriff hilft dem Angegriffenen also unter bestimmten Bedingungen mehr, als dass er ihm Schaden zufügt. Weiterhin konstatiert er den „Merkel-Effekt“ (S. 266): Angriffe auf Angela Merkel können ihrer Bewertung nichts anhaben. Angreifende Frauen erzielen allgemein größeren Schaden beim Angegriffenen, sind aber gleichzeitig stärker vom sogenannten Bumerang-Effekt (der Angriff fällt negativ auf den Angreifer zurück) betroffen (S. 288). Außerdem geht Schmücking „von einer starken Abneigung gegenüber politischer Werbung im Allgemeinen“ (S. 284) aus, weil einem

Großteil der Probanden der Stimulus nicht gefällt. Allerdings fehlt die Diskussion darüber, ob die Ablehnung eventuell nur für Wahlanzeigen gilt oder durch die Stimuli begründet ist.

Insgesamt bietet die Dissertation eine umfangreiche Aufarbeitung des Forschungsstandes zu Negativkampagnen in Deutschland und den USA sowie eine anschauliche Nachzeichnung der bundesdeutschen Wahlkämpfe. Die praktischen Hinweise für das Anwenden von Negativkampagnen (z.B. „Wer auf Nummer sicher spielen will, sollte sich gegen den Angriff entscheiden. Wer ein Risiko eingehen will, kann dafür durchaus belohnt werden“, S. 337) sowie der Fragenkatalog für Wahlkampfakteure für das Ob und Wie eines potenziellen Einsatzes (S. 343f.) fassen die wichtigsten Ergebnisse pointiert zusammen und sind für Praktikerinnen und Praktiker sicherlich hilfreich. Als eine zentrale Schlussfolgerung stellt Schmücking heraus, dass Negativkampagnen nicht demobilisierend wirkten, sondern sogar vorteilhaft für eine Demokratie sein könnten (S. 339). Aufgrund der der recht stark verzerrten Experimentalgruppen (S. 220f.) bedarf dieses Ergebnis aber noch weiterer Überprüfung. Auch unpräzise formulierte Hypothesen können mehrfach nicht bestätigt werden. Bedauerlich ist, dass aus forschungspraktischen Gründen viele Einschränkungen an der Arbeit vorgenommen wurden, sodass keine der beiden Studien zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen kommt. Zukünftige Forschung sollte es sich deshalb zur Aufgabe machen, solche verallgemeinerbaren Resultate zu Negativkampagnen in Deutschland zu liefern. Mit Schmückings Arbeit ist aber ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

Jana Lassen

**Switek, Niko: Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Nomos, Baden-Baden 2015, 392 S., ISBN 978-3-8329-5385-0, € 29,90.**

In seiner 2015 an der Universität Duisburg-Essen vorgelegten Dissertationsschrift untersucht Switek die vermeintlich überraschende *Koalitionsflexibilität* der Partei Bündnis 90/Die Grünen in den Bundesländern mittels eines mikropolitischen Ansatzes, der innerparteiliche Prozesse und Fixierungen in den Blick nimmt. War es bei den Grünen anfänglich, so Switek, „ein mühsamer innerparteilicher Prozess [...] eine Mehrheitsfähigkeit zumindest für Koalitionen mit den Sozialdemokraten zu organisieren“ (S. 187), so ließ sich die Partei insbesondere seit Mitte/Ende der 2000er-Jahre auf diverse Farbenspiele ein, „von Schwarz-Grün über Schwarz-Gelb-Grün bis Rot-Rot-

Grün“ (S. 187). Um zu verstehen, wie es zu den farbenfroheren Sondierungen und Kombinationen gekommen ist, studiert Switek anhand von Gesprächen und Interviews „mit den beteiligten Akteuren“ (S. 87) diverse „Fälle von Koalitionsbildungen der Grünen auf Länderebene seit der Etablierung des Fünfparteiensystems ab 2005“ (S. 16), und zwar unter Berücksichtigung der „Logik der abweichenden Fälle, die von der Koalitionstheorie nicht hinreichend erklärt werden können“ (S. 74), somit jenen, die „dem von Ortman herausgestellten Typus der Innovationsspiele im Gegensatz zu den Routinespielen“ (S. 75) entsprechen. Hierzu gehören, im Gegensatz zu Koalitionsbildungen mit der SPD, dem konventionellen oder routinierten politischen Partner, etwa Koalitionen mit der CDU allein oder mit der CDU und der FDP.

Die Genese des Untersuchungsobjekts ist auf den ersten Blick bemerkenswert: Die Grünen, nunmehr „multi-koalitionsfähig“ (S. 13), waren anfänglich, in der Außenwahrnehmung wie im inneren Verständnis mehrheitlich, eine „Outsider-Partei“ (S. 95) und „Anti-Parteien-Partei“ (S. 123), deren Ankunft und andauernder Aufenthalt im politischen System mitnichten gesichert schien. Doch seit dem ersten Regierungsbündnis auf Länderebene mit grüner Beteiligung, nämlich jenem mit der SPD in Hessen zwischen 1985 und 1987, entpuppen sich die Grünen in den Bundesländern als ansprechbar für facettenreiche Koalitionen, mit mehr oder minder langlebigem Erfolg. So koalitierten die jeweiligen Ländergrünen mit der CDU in Hamburg (2008–2010), mit der CDU und der FDP im Saarland (2009–2012) sowie mit der Partei DIE LINKE und der SPD in Thüringen (seit 2014). Auf den zweiten Blick (und auf weitere Blicke) ist dies womöglich weniger bemerkenswert, u.a. eingedenk dessen, dass die Grünen, trotz bestimmter *eigen-sinniger* Parteistrukturen, einer spezifischen „Organisationskultur mit ihrem basisdemokratischen Erbe und dem Einfluss informeller Strömungsstrukturen“ (S. 342), im politischen System angekommen sind und systemkonform operieren: Als (auch selbst ernannte) Programmpartei mit unterschiedlichen Strömungen ist es den Grünen insbesondere wichtig und für sie überlebenswichtig, zentrale programmatische Aspekte umzusetzen, für die sich allerdings unterschiedliche Partner finden lassen können. So gibt es Verbindungspunkte nicht nur mit der SPD, sondern, zumindest grundsätzlich und plausibel konstruierbar, auch mit konservativen Parteien wie der CDU (Stichwort: Nachhaltigkeit) oder mit dezidiert linken Parteien wie der Partei DIE LINKE (Stichwort: Reform des Schulsystems) (S. 236). Angesichts dessen erscheint die Koalitionsflexibilität nicht unbedingt